Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internatio[illegible]chsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund[illegible] Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jung[illegible]

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den textlichen Teil einer Textzeile) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme zur wochentags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 7

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 2,53 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellsch[illegible] — Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 1, Fernruf 17 [illegible]. Postscheckkonto: Dresden 18 696. Sprechstunden: Montags 16—18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17—18 Uhr betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 18—19 Uhr juristische Sprechstunde.

7. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 10. Juni 1931 — Nummer 109

Mittwoch, 10. Juni
Massenkundgebung im Ausstellungspalast!
Mit SPD u. Prinz Auwi oder mit Thälmann für Arbeit, Brot u. Freiheit?

Metaller, heraus zum Streik!

DMV-Bonzen für den Lohnraub — DMV-Generalversammlung beschließt Ablehnung — Föller verhöhnt die Metalle

Aufruf des zentralen Kampfausschusses

Kollegen!

Die große Tarifkommission sowie die gestrige Generalversammlung des DMV in Dresden hat auf Befürwortung der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie den Lohnraubschiedsspruch **abgelehnt**. Zur Begründung der Ablehnung hat aber der 1. Bevollmächtigte Föller in der Generalversammlung wörtlich erklärt:

„Die Ablehnung des Schiedsspruchs ist nur eine **Geste**. An die Annahme des Kampfes können wir nicht denken. Bei einer Aufforderung zum Eintritt in den Streik werden die Metallarbeiter dieser Aufforderung nicht nachkommen. Die Metallarbeiter wollen nicht kämpfen."

Diese Ausführungen der Bürokratie des DMV sind eine unerhörte **Beschimpfung der gesamten Metallarbeiterschaft Sachsens.**

Die Führer des DMV sind mit dem Lohnraub **einverstanden**. Bei den Tarifverhandlungen haben sie den Unternehmern ein Angebot von 1 Pfennig Lohnabbau gemacht.

Metallarbeiter! Kollegen, Kolleginnen!

So wie der Schiedsspruch im Januar mit 4 und 5 Prozent Lohnraub ist auch der Lohnabbau-Schiedsspruch mit 2½ Prozent das Werk der DMV-Bürokratie. Durch die Gewerkschaftsbürokratie werden eure Hungerlöhne noch weiter herabgesetzt und euer Elend noch mehr vergrößert. Sie sind es, die eurer Familie das Stück Brot vom Tisch schmälern helfen. Ihr sollt im Interesse des Kapitalismus noch mehr hungern.

Wir fragen die Metallarbeiter: Ist das die Aufgabe der freien Gewerkschaften, daß sie eure Lohn- und Arbeitsbedingungen verschlechtern helfen?

Sozialdemokratische, parteilose Kollegen! Ihr könnt nicht zulassen, daß eure Familie im Interesse des Kapitalismus verhungert. Macht Schluß mit dieser verrotteten Führerclique! Schließt euch in den Betrieben unter Führung der RGO zu eiserner Kampffront zusammen! Macht sofort **Betriebsversammlungen** in allen Metallbetrieben! Die Verbindlichkeitserklärung steht bevor.

Handelt! Laßt der Ablehnung des Schiedsspruchs durch die Generalversammlung des DMV in Dresden, die die Gewerkschaftsbürokratie als „Geste" bezeichnet, die Tat folgen! Unter Führung der RGO und des Zentralen vorbereitenden Kampfausschusses

beschließt in allen Betrieben den Streik!

Streik ist der einzig richtige Weg gegen Lohnraub und Hungerdiktatur der Bourgeoisie und ihrer Lakaien!

Werdet Mitglieder der RGO! Nur die RGO vertritt die Interessen der Arbeiter. Nur die RGO ist einzig wahre Führerin der Arbeiter.

Metallarbeiter! Wehet euch! Die Notverordnung der Brüning-Regierung bringt ungeheure Verschlechterungen für die breite werktätige Masse. Hunderttausende sollen zugrunde gehen. Die SPD- und Gewerkschaftsbürokratie unterstützt den Hungerkurs der Bourgeoisie. Genug des Verrats! Genug des Elends! Nur Kampf ist die Rettung! Tretet ein in den Streik!

Der Zentrale vorbereitende Kampfausschuß

Polizei besetzt das Dresdner Arbeitsamt

Die gestrige Bürgergarten-Versammlung verboten

Dresden, 10. Juni.

Heute kam es am Arbeitsamt Materniststraße zu einem Zusammenstoß zwischen Erwerbslosen und Polizei, als ein Polizeibeamter eine Verhaftung vornehmen wollte. Der Polizist wurde zu Boden geworfen. Die Erbitterung der Arbeitslosen führte zu einer stürmischen Protestkundgebung gegen Hungerverordnung und Terror. Bei Redaktionsschluß erfahren wir, daß die Polizei das Arbeitsamt besetzt und die Arbeitslosen auseinanderprügelt.

*

In den gestrigen Nachmittagsstunden wurde vom Polizeipräsidium Dresden der Kommunistischen Partei mitgeteilt, daß die für gestern abend nach dem Bürgergarten einberufene Protestkundgebung gegen den schamlosen Naziterror und den Banditensturm auf den Bürgergarten verboten worden sei. Bevor jedoch die Polizei mit einem riesigen Aufgebot zur Abriegelung des bekannten Arbeiterlokals eintraf, war der große Garten bereits dicht mit Menschen gefüllt. Einige Arbeiter hielten spontan Ansprachen gegen Nazi- und Polizeiterror und forderten auf, sich zu den beiden anderen Veranstaltungen zu begeben, die zur selben Zeit stattfanden. Daraufhin bewegten sich zwei Züge nach dem Kegierheim und nach dem Schusterhaus, Cotta. Beide Lokale waren in wenigen Minuten brechend voll. Während dieser Zeit trieb die Polizei die sich immer wieder ansammelnden Massen mit dem Gummiknüppel auseinander, konnte jedoch nicht verhindern, daß die Protestrufe der Arbeiter durch die Straßen schallten.

*

In der Kundgebung im Schusterhaus, einer Veranstaltung der Roten Hilfe, brach ein Sturm der Entrüstung aus, als die Vertreter der RH und der KPD die Schandtaten der Hitlerbanditen enthüllten und den Polizeikurs brandmarkten. Eine Protestresolution gegen den weißen Terror in der USA und gegen die Diktaturverordnung, Polizeiverbote und Naziterror fanden einstimmige Annahme. In dieser Versammlung wurden 32 neue Kämpfer für die RH gewonnen. Im Kegierheim fand eine Frauenversammlung der RGO statt, in der die Massen ebenfalls ihren Protest gegen den Terrorkurs zum Ausdruck brachten. Genosse Ewald Blau wurde mit tosendem Beifall begrüßt, als er seinen Appell zur Herstellung der Einheitsfront im Kampf gegen den Terror des Klassenfeindes begründete. Genossin Olga Körner sprach dann packende Worte zu den zahlreich erschienen werktätigen Frauen und erläuterte an Hand der neuen Notverordnung und des faschistischen Kurses die Notwendigkeit der Einreihung der proletarischen Hausfrau und der Arbeiterin in die Kampffront, die von der RGO und der KPD geführt wird. Auch hier wurde eine Protestentschließung einstimmig angenommen. 35 neue Mitkämpfer in der revolutionären Klassenfront wurden gewonnen, und zwar 12 für die RGO, 1 für die Partei, 22 für die IAH. Mehrere Frauen wurden delegiert zum RGO-Kongreß am 13. und 14. Juni.

Diese Kundgebungen waren ein bedeutungsvoller Auftakt für die heute stattfindende Massenveranstaltung im städtischen Ausstellungspalast und für die nunmehr von der Roten Hilfe für morgen 19 Uhr nach dem Bürgergarten einberufene Protestversammlung.

Ueberall Hungerdemonstrationen

SPD gegen Reichstagseinberufung / SPD-Polizeipräsidenten an der „Arbeit"

Dresden, 10. Juni.

Die Empörung der Volksmassen gegen die Hunger-Verordnung nimmt immer größeren Umfang an. Heute werden wieder aus verschiedenen Teilen des Reiches, aus Barmen, Düsseldorf, Mannheim, Halle, Hamburg große spontane Hungerdemonstrationen gemeldet. Die Bourgeoisie, ihre Regierungen und SPD-Polizeipräsidenten antworten mit Polizeiattacken. Die Erbitterung der Massen wächst, sowohl der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter als auch der Beamten, Angestellten, Mittelständler und Kleinbauern.

Alle bürgerlichen Parteien, einschließlich SPD und Nazis, versuchen es jetzt aus Furcht vor den Massen (die z. B. auch in der gestrigen Sitzung des Sächsischen Landtages zum Ausdruck kam) mit einem demagogischen Mäßchen: sie „verlangen" nicht Beseitigung der Notverordnung, sondern „Abänderung". Es ist klar, daß im Interesse der Massen nichts Wesentliches abgeändert wird.

Heute tritt der Aeltestenrat des Reichstages zusammen. Der KPD-Antrag auf sofortige Reichstagseinberufung steht auf der Tagesordnung. Wie das Berliner Tageblatt mitteilt, will die SPD eine „Vertagung der Entscheidung" herbeiführen, um Zeit für Versuche zur Abriegelung der Massen zu gewinnen.

Die täglichen Uebertritte aus SPD und NSDAP zur Kommunistischen Partei zeigen, daß die Volksmassen unter Führung der KPD marschieren und die Massenkraft wächst.

Düsseldorf, 10. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Bereits in den frühen Morgenstunden kam es am Wohlfahrtsamt der Altstadt zu spontanen Demonstrationen. Die Polizei rückte bürgerkriegsmäßig, sogar mit Maschinengewehren, gegen die Demonstranten vor. Abends fanden bei Demonstrationsschluß in verschiedenen Stadtteilen große stürmische Versammlungen statt, an denen tausende Arbeiter teilnahmen. Zahlreiche, mit schußbereiten Karabinern ausgerüstete Ueberfallkommandos hielten das Stadtinnere besetzt.

*

Barmen, 10. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Als Antwort auf die Hungerverordnung der Brüning-Regierung legten gestern früh die Wohlfahrtsarbeiter geschlossen die Arbeit nieder und demonstrierten, überall von der Sympathie der werktätigen Bevölkerung begrüßt, nach dem Stadtinnern. In Erwartung eines Rathaussturmes besetzte die Polizei dasselbe. Große Massen Arbeiter sammelten sich auf dem Rathausplatz und organisierten Sprechchöre: **„Fort mit der Brüning-Regierung! Fort mit der Hungerdiktatur!"**, so schallte es über den Platz. Anschließend formierten sich Hungerdemonstrationen und zogen unter dem Gesang revolutionärer Lieder durch die Straßen.

*

Mannheim, 9. Juni. (Eig. Bericht.)

Gestern nachmittag fanden in Mannheim zahlreiche spontane Demonstrationen der Erwerbslosen und Arbeiter gegen die neue Notverordnung statt. Die Polizei ging mit äußerster Brutalität gegen die Demonstranten vor, konnte sie aber nicht von der Straße vertreiben. Bis in die späten Nachtstunden waren die Straßen von Arbeitern und Arbeiterinnen bevölkert.

*

Halle, 9. Juni. (Eig. Bericht.)

Am Montag fand hier eine Sitzung der Stadtverordneten statt, in der die Kommunisten einen energischen Vorstoß gegen die räuberischen Notverordnungen der Brüning-Regierung machten. Während der Tagung erschollen vor dem Rathaus immer wieder die Rufe von demonstrierenden Erwerbslosen. Die Polizei unternahm Gummiknüppelattacken gegen die Demonstranten. Auch berittene Kräfte wurden eingesetzt. Der Marktplatz mußte mehrere Male von der Polizei geräumt werden. Die Hungerrufe der Erwerbslosen waren aber noch bis in die späten Abendstunden in den Straßen zu hören.

Betriebe protestieren gegen „Kämpfer"-Verbot

Chemnitz, 10. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Eine von der RGO einberufene Versammlung der Eisenbahnwerkstätten Chemnitz-Hilbersdorf beschäftigte sich u. a. mit der neuen Hungerverordnung Brünings und protestierte in einer Entschließung gegen das Verbot des „Kämpfers". **Belegschaftsversammlungen der Betriebe Döritz, Schmidt, Ketscher, Loose und Speer** wählten für den Juli zu erwartenden Lohnraub vorbereitende Kampfausschüsse und Delegierte zum Landeskongreß der RGO. Sie protestierten ebenfalls gegen das Verbot des „Kämpfer". Ebenso zwei öffentliche Versammlungen, in denen die Genossen Sindermann und Keller sprachen.

Heute 20 Uhr Ausstellungspalast / Gen. Florin spricht

Morgen Protestkundgebung der RH im „Bürgergarten"